Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 21 (2001)

Heft: 40

Artikel: Nach dem Scheitern der Ökosteuer : gegen einen ökonomistisch verkürzten Naturbegriff

Autor: Brüggen, Willi

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651764

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willi Brüggen

Nach dem Scheitern der Ökosteuer

Gegen einen ökonomistisch verkürzten Naturbegriff

In der Psychoanalyse von Jacques Lacan gibt es den Begriff des „leeren Sprechens". Er bezeichnet eine Situation, in der das Sprechen im Zirkel eigener Vorannahmen und Projektionen gefangenbleibt und deshalb sein Objekt nicht erreicht. Inzwischen scheint es den politischen Ökolobbyisten ganz ähnlich zu gehen. Häufig hat man den Eindruck, als seien sie in einen vergleichbaren Zirkel geraten. In ihrem Bemühen, den naturvergessenen ökonomischen Kalkülen kalkulatorisch gleichwertige Öko-Bilanzen gegenüberzustellen, verloren auch sie ihren eigentlichen Gegenstand aus dem Blick. Ihr ökonomistisch zugerichteter Naturbegriff beruht auf der Ausblendung der wirklichen Natur, wie sie in unseren alltäglichen Lebenswelten präsent ist und um die es den ökologischen Interessen und Bedürfnissen ja eigentlich zu tun ist. Lacan hatte es sich zur Regel gemacht, in derartigen Situationen des „leeren Sprechens" die Therapiestunde einfach abzubrechen. In der Ökopolitik geht das natürlich nicht ganz so einfach. Aber auch hier scheint das Publikum ähnlich zu reagieren. Offenbar ist die Öko-Bewegung in eine diskursive Krise geraten, weil die wirklichen ökologischen Interessen und Bedürfnisse in ihren immer ausgefeilteren und immer eloquenteren Plädoyers nicht mehr zur Sprache kommen.

Die Ökosteuer-Debatte ist ein gutes Beispiel. Erinnern wir uns: Inzwischen ist es mehr als fünf Jahre her, dass wir in verschiedenen Publikationen davor warnten, sich bei den ökologischen Reformvorschlägen nur auf Ökosteuern zu konzentrieren.[1] Unser damaliges Hauptargument: Wenn mit Ökosteuern ein grundsätzlicher Richtungswechsel durchgesetzt werden soll, müssen die Steuersätze so hoch sein, dass die Ärmeren von bestimmten Konsum- und Lebensformen ausgeschlossen werden – eine politisch weder durchhaltbare noch wünschbare Vorstellung (Brüggen 1996).[2] Inzwischen haben wir Recht behalten. Noch lange bevor sie tiefgreifende Veränderungen des Konsumverhaltens bewirken konnten, erwiesen sich die Ökosteuern als ein sozialpolitischer Spaltpilz, der die rot-grüne Mehrheit zu zerstören droht. Die Folgen sind bekannt: Die rot-grüne Bundesregierung sah sich gezwungen, die sowieso schon denkbar geringen Lenkungswirkungen der Benzinsteuern durch eine erhöhte Kilometerpauschale zu konterkarieren.

Wir hatten damals einen anderen Weg vorgeschlagen, der vor allem darauf setzt, dass die öffentlichen Hände den Märkten qualitative Vorgaben machen, um dann in einem zweiten Schritt mit Hilfe der Märkte zu klären, wer diese Vorgaben am effizientesten, flexibelsten und kundenfreundlichsten umsetzen kann (Brüggen 2000, Massarrat 1993, 218). Inzwischen scheinen auch diese Überlegungen mehr Resonanz zu finden. Die von der Bundesregierung durchgesetzten Einspeisevergütungen für regenerative Energie und die jetzt debattierte Quotenregelung für Strom aus Blockheiz-

kraftwerken gehen in diese Richtung. Inzwischen gehört nicht mehr viel Phantasie dazu, zu prognostizieren, dass es genau diese Maßnahmen sein werden, auf die sich die Bundesregierung berufen wird, wenn es am Ende der Legislaturperiode darum geht, Bilanz zu ziehen.

Über den tieferen Hintergrund der nur begrenzten Reichweite der Ökosteuern ist aber bisher noch zu wenig gesprochen worden. Das war damals der Hauptaspekt unserer Kritik. Wir hatten die Befürchtung, dass die Ökosteuerpolitik auf eine ökonomische End-of-Pipe-Strategie hinauslaufe, weil versucht werde, den naturfeindlichen Entwicklungsmaximen der kapitalistischen Arbeitswertökonomie äußerlich Fesseln anzulegen, ohne dass dabei eine Richtungsänderung der inneren Entwicklungsdynamik durchgesetzt werden könne. Dadurch gerate die ökologische Kritik ständig in eine nervende Bremser- und Spielverderberrolle. Vor lauter Fingerhakelei und vor lauter Mahnen und Warnen geraten die inhaltlichen und orientierenden Ziele aus dem Blick. Mir scheint, dass wir auch mit dieser Kritik leider Recht behalten haben. Das politische Agieren des grünen Bundesumweltministers Jürgen Trittin ist dafür ein gutes Beispiel. Er ist einer der unpopulärsten Minister des rot-grünen Kabinetts, weil die Fernsehzuschauer ihn bisher vor allem als Störer und Bremser kennengelernt haben. Allenthalben wird beklagt, dass die Ökonomie die Ökologie von den vorderen Plätzen der politischen Themenliste verdrängt habe. Zunächst dachten viele, das läge am ökonomischen Krisendruck. Inzwischen wurden sie eines Besseren belehrt. Trotz passabler Wachstumsraten wirkt die Ökologie wie ein lästiges Pflichtthema aus längst vergangenen Dekaden.

Kurzum, wir haben guten Grund, uns den Zusammenhang zwischen der ökologischen Krise und einem ökonomistisch verkürzten Naturbegriff noch mal vor Augen zu führen. Erinnern wir uns: Schon vor Jahren hatten wir argumentiert, dass alle umweltökonomischen Versuche, die ökologischen Probleme in die Sprache der Ökonomie zu übersetzen, bisher gescheitert seien, weil die 'Wertfrage' dabei außer acht gelassen werde (Brüggen 1993). Meines Wissens hat sich daran bis heute wenig geändert. So lange wir uns keine Rechenschaft darüber ablegen, nach welchen qualitativen Kriterien oder nach welchen Bewertungsmaßstäben die Güter auf den kapitalistischen Warenmärkten bewertet werden, wird es schwer, neue ökologische Bewertungsgesichtspunkte in die ökonomischen Kalküle einzuführen. Es ist in der Fachökonomie üblich geworden, die 'Wertfrage' auszuklammern. Ich halte das für einen großen Fehler. Zumindest dort, wo es um das Verhältnis von Ökologie und Ökonomie geht, wird man das Wertproblem auf Dauer nicht einfach ausblenden können.

Glücklicherweise herrscht unter den Ökonomen, die dem Mainstream nicht gefolgt sind und weiterhin an der Kategorie des Wertes festhalten, weitgehender Konsens, worin dieser Maßstab besteht – auch wenn im einzelnen umstritten ist, wie er sich in der Preisbildung genau niederschlägt. Grundsätzlich sind sie sich einig: Die Güter werden danach bewertet, wieviel Arbeit zu ihrer Herstellung notwendig ist (Heinrich 1991). Damit ist

zugleich der Grund benannt, warum in den ökonomischen Kalkülen der Eigenwert der natürlichen Lebensumwelt keine Rolle spielt. Da '*die Natur*' selbst keinen Wert hat, taucht sie auch als Kostenfaktor nur auf, sofern für ihre Bereitstellung und Vernutzung Arbeit erforderlich ist.[3] Weil es in den ökonomischen Kalkülen vor allem darum geht, Kosten zu sparen, ist es für jeden Unternehmer, für jeden homo oeconomicus, deshalb zwingend, Arbeitszeit auf Kosten exzessiver Naturvernutzung einzusparen; das ist der implizite Telos, die wirtschaftshistorische Richtungsentscheidung, die heute allen ökonomischen Kalkülen zugrundeliegt (Brüggen 1996).

Bei der Natur interessiert sich die Wirtschaft deshalb vor allem für eines: für ihre arbeitssparende Potenz, oder kurz, ihre Arbeitsfähigkeit. In der Physik hat sich dafür der Begriff der Energie eingebürgert. Sie gilt als Maß für die potentielle Arbeitsfähigkeit der Naturgegenstände (Kutschman 1990). Deshalb durchläuft die Natur, sobald sie in den Blick der ökonomischen Kalküle gerät, eine so merkwürdige Metamorphose. Es scheint, als habe man sie gezwungen, ihre bunte Vielgestaltigkeit abzustreifen, um fortan als bloße Ansammlung naturgesetzlich aufeinander bezogener Quantitäten ihr Dasein zu fristen. Quantitäten von was? – möchte man auch hier fragen. Noch ist es in der Naturwissenschaft nicht Mode, dieses Problem – wie in der Ökonomie – einfach auszuklammern. Die an der Natur beobachteten Phänomene werden als quantifizierbare Folgeerscheinungen in ihnen wirkender Kräfte oder Fähigkeiten beschrieben, die eine verblüffende Ähnlichkeit zu der Form menschlicher Arbeit aufweisen, an deren Stelle sie treten sollen.

Als es zu Beginn der Industrialisierung vor allem darum ging, mechanisch-handgreifliche Arbeit durch Naturkraft zu ersetzen, trat der physikalische Begriff der Arbeit in den Mittelpunkt der naturwissenschaftlichen Analyse. Später, als man sich darum bemühte, die Reichweite und Wirkungstiefe der mechanischen Arbeit durch die Zuhilfenahme chemischer und elektrischer Prozesse zu verbessern, rückte der Energiebegriff an die Stelle des physikalischen Arbeitsbegriffes, wobei Energie als die „dem Gegenstand inhärente physikalische Arbeitsfähigkeit" definiert wurde (ebd.). Der Begriff der Energie wird dadurch zu einer universellen Kenngröße, die angibt, in welchem Umfang der Naturgegenstand dafür taugt, menschliche Arbeitkraft zu ersetzen (Brüggen 1996).

Seitdem wir neuerdings dazu übergegangen sind, der Natur auch die menschliche Kopfarbeit aufzubürden, wird die informations- und biotechnologische Domestizierung natürlicher Selbstregulations- oder Informationsverarbeitungskapazitäten immer wichtiger. Deshalb gibt es inzwischen die Tendenz, den Begriff der Information bzw. der Informationsverarbeitungskapazität zur eigentlichen Schlüsselgröße in der naturwissenschaftlichen Forschung zu erheben. Hier ist nicht der Ort, diese Zusammenhänge weiter zu vertiefen. Nur soviel scheint mir evident: Naturwissenschaftlich rationalisierte Naturerforschung bedeutet, Natur daraufhin zu untersuchen, wieviel Arbeitspotential in ihr steckt, oder anders gesagt: in welchem Umfang sie benutzt werden kann, menschliche Arbeit zu ersetzen.

Schade ist, dass es in der Umweltökonomie und unter den professionellen Öko-Lobbyisten eine starke Tendenz gibt, diesen arbeitswertökonomisch reduzierten Naturbegriff als gemeinsame Geschäftsgrundlage zu akzeptieren. Mit Begriffen wie „Ökobilanz", „Ressourcenproduktivität" oder „ökologischer Rucksack" versuchen sie die mit bestimmten Wirtschaftsleistungen verbundene Umweltbelastung in der Form universell vergleichbarer und verrechenbarer Quantitäten darzustellen, aus denen sie dann bestimmte ökologische Zielgrößen ableiten, die zum Beispiel als Umweltraum dargestellt werden. Dabei greifen sie auf die oben beschriebenen naturwissenschaftlichen Universalkategorien zurück. Letztendlich können die inzwischen sehr zahlreichen Modelle für die Berechnung des Umweltverbrauches auf zwei Grundannahmen zurückgeführt werden. Während all diejenigen Modelle, die die mit einer bestimmten Wirtschaftsleistung verbundenen Stoffströme in den Vordergrund stellen, vom physikalischen Begriff der Arbeit ausgehen, legen die anderen, mit thermodynamischen Modellen arbeitenden Konzeptionen den Helmholtzschen Begriff der Energie zugrunde.[4]

Das bedeutet: Bei ihren Versuchen, ein für die ökonomischen Kalküle anschlussfähiges Maß für den Umweltverbrauch zu bilden, übernehmen viele Umweltökonomen nicht nur die Sichtweise derjenigen, denen die Natur selber völlig gleichgültig ist, weil sie in ihr immer nur das gleiche, ein mehr oder minder großes Quantum Arbeitsfähigkeit sehen. Nein, ihnen ist es darüber hinaus vor allem darum zu tun, diesen achtlosen Konquistadorenblick in ein kalkulatorisch rationaleres Korsett zu pressen. Warum tun sie das? Was soll diese Identifikation mit dem Aggressor? Offenbar hegen sie die Hoffnung, diese modernen Konquistadoren zu einer rationaleren Ausbeutungsstrategie zu bewegen, damit sie mit dem geraubten Gold sparsamer umgehen und bei ihrer rastlosen Goldsuche nicht mehr zerstören als unbedingt notwendig.

Das Anliegen ist klar: Man möchte die Wirtschaft zwingen, mit der Umwelt schonender umzugehen. Also muß der Umweltverbrauch etwas kosten – eine andere Sprache versteht die Wirtschaft sowieso nicht. Da bietet es sich an, genau das zum Beispiel durch Ökosteuern zu verteuern, was die Wirtschaft vor allem interessiert: die Arbeitsfähigkeit der Natur. Folglich erheben wir zum Beispiel eine Energiesteuer und erarbeiten umweltökonomische Modelle, die der Wirtschaft zeigen, für welche Wirtschaftsleistungen wieviel Energie verbraucht wurde, um ihr zu helfen, schonender mit der Energie umzugehen. Der Nachteil dieses Vorgehens besteht darin, dass keine eigenen Ziele oder Entwicklungsrichtungen benannt werden. Statt dessen beschränkt man sich darauf, die Arbeitswertökonomie auf ihrem Weg ein wenig auszubremsen. Das ist der tiefere Grund, warum wir bei den Ökosteuern immer in diese merkwürdige Blockadesituation geraten, die wir eben mit dem Begriff der ökonomischen End-of-Pipe-Strategie beschrieben haben.

An dieser Stelle könnte man nun einwenden: Na gut, dann lassen wir das eben mit der Energiesteuer und begnügen uns mit einer Atomstrom- und

CO2-Abgabe. Das hätte den Vorteil, dass die ganze Arbeitswertökonomie nicht einfach nur ausgebremst, sondern statt dessen einige Sektoren bevorteilt und andere benachteiligt würden. Zu den Gewinnern würden u.a. die Betreiber von Windkraftanlagen gehören. Wäre die Steuer ausreichend hoch, müßte ihr Anteil an der Energieerzeugung kräftig ansteigen. Da Windkraft auf absehbare Zeit den Energiebedarf aber nur zu einem geringen Teil decken kann, bestünde die Lenkungswirkung vor allem darin, dass Energiespartechnologien gefördert werden – zumindest so lange, bis die relativ leicht erreichbaren Sparpotentiale ausgeschöpft sind. Anschließend – nach Ausschöpfen dieser Potentiale – würde aus der CO2-Steuer erneut eine allgemeine Ausbremsungsteuer, ähnlich wie die Energiesteuer.

Unser Beispiel zeigt: Ökosteuern sind sinnvoll, wo es darum geht, schon bereitliegende und relativ kostengünstig erreichbare Alternativen zu unterstützen. Eine grundsätzliche Richtungsänderung ist mit ihrer Hilfe nicht zu erreichen. Wählen wir das Bild eines Flusses, so können wir uns die Ökosteuern wie eine Art Staudamm vorstellen. So lange das Wasser einen Weg findet, den Damm zu umgehen, bildet der Damm ein durchaus sinnvolles Lenkungsinstrument – auch wenn sich an der eigentlichen Fließrichtung nur wenig ändert. Sollte das nicht der Fall sein, kommt es wieder zu der beschriebenen Blockadesituation. Irgendwann würde der Damm überflutet oder er müsste brechen. Das bedeutet: Wer versucht, mit derartigen Ökosteuerdämmen eine grundsätzliche Richtungsänderung zu erzwingen, muß scheitern.

Jetzt verstehen wir auch besser, warum die so elegant wirkende Strategie, mit Hilfe von Ökosteuern Natur zu verteuern und Arbeit zu verbilligen, scheitern musste. Noch haben wir die Parolen des letzten Bundestagswahlkampfes gut im Ohr: Die Ökosteuereinnahmen sollten zur Absenkung der Lohnkosten verwandt werden, damit der Trend, Arbeit durch Natur zu ersetzen, verlangsamt werden könne. Jetzt sehen alle, dass dabei die Rechnung ohne den Wirt gemacht wurde. Um eine spürbare Absenkung des ökonomischen Rationalisierungsdruckes zu erreichen, müssten derart große Summen umverteilt werden, dass selbst 5 Mark/Liter Benzin nicht gereicht hätten (Brüggen 1996). Das ist natürlich kein Zufall: Im Grunde handelt es sich hier um den Versuch, die kapitalistische Arbeitswertökonomie daran zu hindern, ihrem eigentlichen und einzigen Zweck auch nachzugehen. Das funktioniert nur dann, wenn der Ökosteuerdamm so hoch ist, dass eine Umkehr der Fließrichtung erzwungen werden kann – er müsste also die Höhe der Wasserscheide übersteigen.

In bezug auf die aktuellen Öko-Debatten kommt verschärfend hinzu, dass der in der New Economy vorausgesetzte Naturbegriff bzw. die von ihr vor allem ins Auge gefasste Naturressource (Informationsverarbeitungskapazität) in den oben angesprochenen Öko-Bilanzen und Zukunftsprojektionen noch gar nicht vorkommt. Angesichts dieser neuen Entwicklung gerät die ökologische Kritik in eine merkwürdige Lage. Weil sie die Natur nur unter mechanischen und energetischen Gesichtspunkten betrachtet, entsteht der

Eindruck, als werde sie gar nicht mehr gebraucht, weil sich der technologische Fortschritt längst auf ihre Seite geschlagen hat. Die gentechnologische Indienstnahme der Natur scheint ganz in ihrem Sinne zu sein, weil sie in der Tat neue Möglichkeiten schafft, Stoffdurchsatz und Energieverbrauch zu reduzieren. So sehen sich die Öko-Lobbyisten vor die fatale Alternative gestellt, wieder auf den alten (gen-)technischen Umweltschutz zu setzen, oder die New Economy als bloße Steigerung der bekannten mechanischen und energetischen Naturausbeutung zu verteufeln. Beides ist falsch, weil einerseits die New Economy mit der Naturseite unserer Lebenswelten keineswegs besser umgeht als die alte, und weil sie andererseits in der Tat für eine auf ihre energetischen und mechanischen Aspekte reduzierte Natur einen großen Segen und eine nicht zu unterschätzende Entlastung darstellt.

Was ist zu tun? Muss die auf die Reduktion des Energie- und Stoffdurchsatzes fixierte Öko-Argumentation durch neue Sparappelle ergänzt werden, die sich auf den Verbrauch natürlicher Informationsverarbeitungskapazitäten beziehen? Eine offensichtlich ziemlich absurde Idee. Bekanntlich unterscheiden sich die natürlichen Informationsverarbeitungskapazitäten von physikalischer Arbeit oder Energie dadurch, dass sie durch ihre Benutzung keineswegs verbraucht werden. Und doch gibt es Ansätze, mit ganz ähnlichen Argumenten gegen die New Economy zu Felde zu ziehen. Da ist zum Beispiel der Versuch, das ökonomische Interesse an der Bewahrung der Bio-Diversität gegen die Biotechnologie zu wenden. Dabei wird der Eindruck erweckt, als handele es sich bei natürlichen Informationsverarbeitungskapazitäten um eine in ähnlicher Weise endliche Naturressource wie das zum Beispiel bei den fossilen Brennstoffen und der CO2-Aufnahmekapazität der Atmosphäre der Fall ist.

Der Zusammenhang ist offenbar ein anderer. Zu Recht besteht die Befürchtung, dass es durch gentechnische Zuchtauslese zu einer genetischen Verarmung kommt, weil nur noch ein schmaler Ausschnitt des gesamten genetischen Informationspools repliziert wird und weil es zu einer Verschiebung des evolutionär entstandenen Artengleichgewichtes kommen kann, bei der viele Arten unter die Räder geraten könnten. Im Unterschied zur mechanischen Arbeit oder zur Energie geht es hier aber keineswegs darum, dass diese natürlichen Potenzen durch ihre Verwendung mehr und mehr aufgezehrt werden. Sie werden nur gebraucht, aber nicht verbraucht.

Bei der biotechnologischen Indienstnahme natürlicher Informationsverarbeitungskapazitäten haben wir es also keineswegs mit einem Mengenproblem zu tun. Im Gegensatz zum Energieverbrauch wird niemand behaupten wollen, weniger Gentechnik ist gut, mehr Gentechnik ist schlecht – oder auch umgekehrt. Ob in Zukunft nur 100 oder doch 200 Menschen pro Jahr geklont werden dürfen, ist nicht so entscheidend; wichtig ist die qualitative Frage: Klonen ja oder nein. Im Gegensatz zur Energie macht es auch keinen Sinn, eine Verwendungsweise gegen die andere zu verrechnen – nach dem Motto: Wer viele gentechnisch hergestellte Arzneimittel verwendet, sollte dann bei den Saatgütern etwas sparsamer sein. Überhaupt lassen sich

Kategorien wie „ökologische Tragfähigkeit", „ökologischer Rucksack" oder „Umweltraum" auf den Bereich der Informations- und Gentechnologie gar nicht anwenden. Das alte, an Stoff- und Energieströmen orientierte Öko-Benchmarking gibt hier keine Entscheidungshilfe. Die Grenzen sind hier vor allem qualitativer Natur, so dass in jedem Einzelfall eine qualitative Schaden-Nutzenabwägung notwendig wird. Ohne konkrete lebensweltliche Bezüge wird man dabei nicht auskommen.

Gegen unsere *These*, dass das Ökologieproblem eine Folge der einseitigen arbeitswertökonomischen Zwecksetzungen sei, wurde eingewandt, dass die Wahlfreiheit der Verbraucher dabei vernachlässigt werde. Schließlich könne er durch sein Konsum- bzw. Verbrauchsverhalten bestimmen, was und wie produziert wird. In der Tat: Wenn alle nur Öko-Produkte kaufen würden, bräuchten wir uns über viele Umweltprobleme keine Sorgen mehr zu machen. Das Problem besteht allerdings darin, dass auf den kapitalistischen Warenmärkten die Artikulationsmöglichkeiten sehr ungleich verteilt sind. Auch das hat viel mit dem Arbeitswertprinzip zu tun. Die Verbraucher können ihre Präferenzen nur in bezug auf die wirklich angebotene Produktpalette äußern.

Wie hoch der Bedarf für völlig neue, bisher noch nicht angebotene Güter ist, bleibt dagegen im Dunkeln. Das ist vor allem deshalb ein besonderes Problem, weil die Entwicklung qualitativ neuer Produkte häufig so große finanzielle Vorleistungen erfordert, dass für den Anbieter ein Trial-and-Error-Verfahren nicht in Frage kommt. Deshalb gibt es auf der Anbieterseite die Tendenz, so lange wie möglich bei einer einmal eingeführten Produktkonzeption zu bleiben. Eine etwas andere Situation besteht im Bereich der Investitionsgüter. Hier gilt für beide Seiten, für Anbieter und Verkäufer, ein einheitlicher und relativ verbindlicher qualitativer Bewertungsmaßstab. Immer geht es darum, mit möglichst wenig Aufwand möglichst viel Arbeit zu sparen. Der Anbieter kann die Nachfrageentwicklung deshalb auch bei der Herstellung völlig neuer Produkte relativ verbindlich vorausberechnen.

Wahrscheinlich ist das der Hauptgrund, warum bisher fast alle grundlegenden Erneuerungen des Produktangebots von den Produktionsgütern ausgingen und erst anschließend auf den Konsumgüterbereich übertragen wurden. Zuletzt konnten wir das am Beispiel der Mikroelektronik beobachten. Für die grundsätzliche Ausrichtung der technologischen Entwicklung hat das weitreichende Folgen. Sie orientiert sich weniger an den Verbraucherbedürfnissen als vielmehr an der Grundmaxime des Arbeitswertkalküls, möglichst viel Arbeit durch Naturkräfte zu ersetzen. Deshalb sind die meisten Konsumgüter wie Arbeits- und Zeitsparmaschinen konstruiert. Anstatt bestimmte Gebrauchswerte anzubieten, werden Technologien angeboten, mit denen der Konsument den Gebrauchswert selbst zeitsparend bereitstellen kann. An Stelle von Transportleistungen werden zum Beispiel Autos verkauft.[5] Andererseits besteht aber auch die Möglichkeit, der Innovationsträgheit der Konsumgütermärkte durch öffentliche Interventionen entgegenzutreten. Die Technikgeschichte ist voll von derartigen Beispielen. Meistens sind es die Militärs, die durch ihre geballte öffentliche

Nachfragemacht neuen Technologien zum Durchbruch verhalfen. Das galt sowohl für das Auto als auch für das Internet.

All diese Überlegungen führten uns zu dem Schluss, dass es grundsätzlich wenig Sinn macht, immer nur den miesepetrigen Bremser zu geben, der ständig damit beschäftigt ist, dem naturvergessenen ökonomischen System Fesseln anzulegen. Also bleibe – so folgerten wir – nicht anderes, als sich auf ein *alternatives ökonomisches Rationalitätsmodell* zu besinnen, das imstande wäre, die auf Arbeitsersparnis zielende Ratio der Arbeitswertökonomie durch eine andere ökonomische Logik zu ergänzen und zu ersetzen, die stärker an *qualitativen* Entwicklungszielen orientiert ist (Brüggen 1993). Bei der Suche nach entsprechenden Vorbildern waren wir dann auf das Beispiel der neuen Weltkonzerne gestoßen, denen es offensichtlich gelungen ist, eine neue Synthese von Markt und Plan zu entwickeln, die darauf hinausläuft, dass die Konzernvorstände die entscheidenden qualitativen Vorgaben machen, während nach arbeitswertökonomischen Marktkriterien darüber entschieden wird, wer diese Vorgaben am effizientesten und kostengünstigsten umsetzen kann (Brüggen 2000). Offenbar kommen sie – trotz der wachsenden strategischen Planungsmacht der Konzernheadquarter – mit sehr viel weniger Hierarchie und Bürokratie aus als die alten fordistischen Multis. Da lag es nahe zu fragen, ob ähnliche Strukturen nicht auch auf den Bereich der Politik übertragen werden könnten? Offenbar beruht ihr Erfolg darauf, dass sie die alten bürokratischen Hierarchien durch Märkte ablösen, auf denen die Nachfrageseite, das heißt in diesem Fall, die Konzernheadquarter dominieren. Dadurch entsteht eine Situation, in der sie zum Beispiel durch Ausschreibungen oder Subkontraktingpyramiden die qualitativen Vorgaben machen können, während die Märkte darauf beschränkt werden, zu klären, wer diese Vorgaben am besten umsetzen kann.

Übertragen wir diese Prinzipien auf den Bereich der öffentlichen Hände, so würde das bedeuten: Die Politik bzw. das Gemeinwesen muss entscheiden, was in welchem Umfang gebraucht wird; die Frage der möglichst effizienten Umsetzung kann dann den Marktmechanismen überlassen bleiben. Während es bisher vor allem darum ging, den arbeitswertökonomisch orientierten Märkten einen mehr oder minder engen staatlichen Rahmen zu setzen, läuft dieser Vorschlag also darauf hinaus, dass die Politik dazu übergeht, sich selber eigene, von ihr kontrollierte Märkte zu schaffen, zumindest in all den Bereichen und Sektoren, wo bisher das ökologisch gewollte Produktangebot nicht zustandekam.

Das ist in ganz verschiedenen Varianten möglich: So ist zum Beispiel vorstellbar, dass öffentliche Körperschaften von privaten Anbietern Leistungen aufkaufen, um sie dann zu subventionierten Preisen an die Endverbraucher weiterzugeben. Das könnte im Rahmen kommunaler Dienstleistungsagenturen geschehen. Ein anderes Modell ist das der Dienstleistungsschecks, die die Verbraucher berechtigen, bestimmte Leistungen zu verbilligten Preisen zu beziehen. Oder man könnte nach dem Prinzip der Theaterkarten verfahren, wo der Leistungsanbieter pro verkaufte Leistung einen

öffentlichen Zuschuß erhält. Ein weiteres Modell ist das Franchising, wie wir es von Fast-Food-Ketten und Baumärkten kennen. Öffentliche Hände könnten private oder öffentliche Unternehmen beauftragen, politisch definierte Leistungen zu politisch bestimmten Preisen an Endverbraucher weiterzugeben. Ein in jüngster Zeit immer wichtiger werdendes Beispiel sind die öffentlichen Versteigerungen von Lizenzen und Zugangsrechten, wie sie zum Beispiel im Telekommunikationsbereich stattfanden. Auch der jetzt für den EU-Raum geplante Handel mit CO_2 Emissionsrechten geht in die gleiche Richtung. Überall stoßen wir auf das gleiche Grundprinzip: Die Politik entscheidet, was qualitativ gemacht werden soll oder gemacht werden darf. Den Märkten bleibt es überlassen, für die möglichst kostengünstige, das heißt arbeitsparende Umsetzung zu sorgen.

Das Gemeinsame all dieser Vorschläge besteht darin, dass die Politik hier wieder in einer positiv gestaltenden Funktion auftritt. Anstatt den Märkten äußere Zügel anzulegen, wird ihnen umgekehrt auch dort auf die Beine geholfen, wo sie bisher versagt haben. Gleichzeitig tut sich ein Weg auf, die alten arbeitswertökonomischen Kalküle gegenüber *neuen* Bedürfnissen zu öffnen, ohne dass sich beide Prinzipien wechselseitig blockieren und ohne dass es zu destabilisierenden Systembrüchen kommen muß. Gerade dort, wo ein allgemeines Öko-Benchmarking nicht hilft, wo vor allem qualitative Einzelentscheidungen verlangt werden, erweist sich dieses Steuerungsmodell als besonders attraktiv. Zum Beispiel Gentechnologie: Wie wäre es, wenn die öffentlichen Hände die Benutzung bestimmter Genome oder Stammzellen unter strengen Auflagen, zeitlich befristet und für eng umgrenzte Projekte an private Auftragnehmer veräußern oder versteigern würden?

Wie gesagt, neuerdings scheint auch die rot-grüne Bundesregierung diesen Weg gehen zu wollen. Inzwischen ist allgemein aufgefallen, dass es keine besonders gute Idee war, die Ökosteuer-Einnahmen mit der Rentenversicherung zu verrechnen. Was spricht dagegen, die Einnahmen des nächsten Erhöhungsschrittes für kommunale Auftragsvergabe im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs oder der ökologischen Wohnumfeldverbesserung zu verwenden? Wie man hört, sollen die Chancen dafür gar nicht so schlecht stehen. Der öffentlichen Akzeptanz würde das sicher gut tun. Endlich kämen die ökologischen Interessen und Bedürfnisse wieder zu Sprache. Bisher war es noch immer so: Wenn die verkehrsberuhigten Zonen, die begrünten Hinterhöfe oder die neuen Nahverkehrsstrecken erstmal da sind, gibt es fast niemanden mehr, der darauf wieder verzichten will.

Anmerkungen

1 Dabei meine ich u.a. die im Crossover-Kontext entwickelten Positionen (Bulmahn 1995, Crossover 2000).

2 Lipietz versucht dieser Kritik am Ökosteuerkonzept durch eine analytische Trennung

zu begegnen: Zu Recht weist er darauf hin, dass Ökosteuern in der Regel verteilungsneutral wirken würden. Wenn es trotzdem zum Ausschluß der Ärmeren von bestimmten Konsum- oder Lebensformen komme, dann liege das an der vorausgesetzten ungleichen Reichtumsverteilung, die man der Ökosteuer nicht anlasten dürfe. Er hat recht – nur ändert das nichts daran, dass Ökosteuern in Gesellschaften mit sehr ungleicher Reichtumsverteilung nur sehr vorsichtig eingesetzt werden können, weil sie sonst zu einer politisch nicht durchhaltbaren Ausdifferenzierung der Konsum- und Lebensformen führen würden. Auch hat er recht, wenn er darauf hinweist, dass dieser Effekt, z.B. dadurch abgefangen werden könnte, dass die Ökosteuereinnahmen für die Unterstützung des öffentlichen Nahverkehrs verwandt werden. Das Grundproblem aber bleibt: Eine politische Strategie, die darauf hinaus läuft, dass die Gutverdienenden Autofahren, während die Ärmeren auf Bus und Bahn verwiesen werden, ist unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen nicht durchzusetzen (Lipietz 2000, 74 ff, für eine kritische Würdigung vgl. auch Wolf 2000).

Ein anderer wichtiger Einwand gegen das Ökosteuerkonzept stammt von Massarrat: Er ist der Auffassung, daß die Ökosteuern vor allem zu sinkenden Ölpreisen führen werden, so dass die Steuerungseffekte unterlaufen werden können, während die Rohöllieferanten aus der Dritten Welt die eigentlich Leidtragenden sind (1993, 207ff., s. auch 2000).

3 Natürlich handelt es sich hier um eine bewusst vereinfachende Darstellung der im Einzelnen sehr viel komplexeren Zusammenhänge, die z. B. das Problem der Grundrente ganz außer acht lässt.

4 So läuft z.B. die von Schmidt-Bleek entwickelte Formel für den Naturverbrauch („MIPS") darauf hinaus, den mit einer bestimmten Dienstleistungseinheit verbundenen Naturverbrauch daran zu messen, wieviel mechanische Arbeit für den gesamten Her- bzw. Bereitstellungsprozeß notwendig ist (Schmidt-Bleek 1994, 86 u. 108f), während die von Georgescu-Roegen ausgehenden Versuche, den Entropieanstieg zum Maß für den Umweltverbrauch zu erheben, vom Helmholtzschen Energiebegriff ausgehen (Georgescu-Roegen 1987).

5 Dies ist natürlich eine grob vereinfachende Darstellung: Neben dem hier hervorgehobenen Aspekt wird die Verbrauchersouveränität auf den Gütermärkten auch dadurch eingeschränkt, dass die Benutzung fast aller technischen Konsumgüter an Voraussetzungen gebunden ist, die beim Erwerb des entsprechenden Produktes keineswegs enthalten sind, sondern anderweitig erworben oder öffentlich bereitgestellt werden müssen. Eine ausführliche Analyse der ungleichen Machtverhältnisse auf den Konsumgütermärkten findet sich bei Jäger (1999).

Literatur

Brüggen, Willi, 1993: Neue Wege zur gesellschaftlichen Alternative. Ansatzpunkte für einen ökologischen Kompromiss. In: Das Argument, 35. Jg. Heft 1 Januar/Februar, Berlin

Brüggen, Willi, 1996: Der politische Preis der ökologischen Währung. Einwände gegen die Ökonomisierung der ökologischen Kritik. In: Widerspruch, Heft 31, Zürich

Brüggen, Willi, 2000: Von den Konzernen lernen – Geplante Märkte in der Regionalökonomie. Münster

Bulmahn, Edelgart/Oertzen, Peter von/Schuster, Joachim (Hrsg.), 1995: Jenseits von Öko-Steuern. SPW-Jahrbuch, Dortmund

Crossover (Hg.), 2000: Regionale Wirtschaften als Reformperspektive. Münster

Georgescu-Roegen, Nicholas, 1987: The Entropy Law and the Economic Process. Cambridge/London

Heinrich, Michael, 1991: Die Wissenschaft vom Wert. Hamburg
Jäger, Michael, 1999: Probleme und Perspektiven der Berliner Republik. Münster
Kutschmann, Werner, 1990: Die Kategorie der Arbeit in Physik und Ökonomie. In: Leviathan Sonderheft 11, Berlin
Lipietz Alain, 2000: Die große Transformation des 21. Jahrhunderts – Entwurf einer politischen Ökologie. Münster
Massarrat, Mohssen, 1993: Endlichkeit der Natur und Überfluß in der Marktökonomie. Marburg
Massarrat, Mohssen, 2000: Das Dilemma der ökologischen Steuerreform. 2. Aufl., Marburg
Schmidt-Bleek, Friedrich, 1994: Wieviel Umwelt braucht der Mensch? Berlin
Wolf, Frieder Otto, 2000: Nachwort: In der großen Krise global handlungsfähig werden! In: Lipietz a.a.O.

GRÜNE
Grüne Partei der Schweiz

Energie statt Arbeit besteuern
Die Energiepolitik ist ein zentraler Faktor für eine nachhaltige Entwicklung. Die Schweizer Grünen setzen sich im Sinne der Bundesverfassung (Art. 89) für einen sparsamen Energieverbrauch und den Umstieg auf erneuerbare Energien ein. Mit der Initiative „Energie statt Arbeit besteuern", die in diesem Herbst zur Abstimmung kommt, machen sie einen konkreten Vorschlag: nicht erneuerbare Energieträger sollen besteuert –dafür Sozialversicherungen entlastet werden. Das ist ein Beitrag zum Umweltschutz und für zukunftsträchtige Arbeitsplätze in neuen Technologien.
Die Argumente der Grünen finden sich in zwei Broschüren (Dokumentation / 10 Fragen – 10 Antworten) oder auf www.gruene.ch
Bezugsadresse: Grüne Schweiz, Waisenhausplatz 21, 3011 Bern; e-mail: gruene@gruene.ch